



Therapeuten im Blick der Politik

Erschienen am 13.02.2017

Gegenüber der Bundestagsabgeordneten Jutta Eckenbach (CDU, 1. v. l.) und weiteren Vertretern der Gesundheitsbranche wies die IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger (2. v. l.) ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, den Beruf des Physiotherapeuten attraktiver zu machen. Unter dem Motto „Gesundheitsversorgung – Was können Therapeuten (noch) leisten?“ hatte Eckenbach zu einer Podiumsdiskussion in Essen geladen, um über eine gute und zeitgemäße Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln zu debattieren.

Ute Repschläger konnte anhand offizieller Statistiken fundiert darlegen, dass der stetig steigende Heilmittelbedarf und die rückläufigen Ausbildungszahlen in den Therapieberufen einen zunehmenden Fachkräftemangel zur Folge haben. Grund dafür sei in erster Linie die desolate Einkommenssituation der Branche, die nicht nur im Sinne der Therapeuten, sondern auch im Sinne der Patienten dringend verbessert werden müsse. Mit dem in Kürze in Kraft tretenden Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) soll immerhin die Begrenzung für Vergütungserhöhungen bis voraussichtlich Ende 2019 ausgesetzt werden.

Außerdem stellte Repschläger klar, dass der nächste logische Schritt für mehr Autonomie in der Physiotherapie Modellvorhaben zum Direktzugang und nicht eine Wiederholung bereits vorhandener Modelle zur Blankoverordnung seien – wie sie im aktuellen HHVG-Gesetzesentwurf vorgesehen sind. Schließlich führe auch der IFK bereits ein Modellvorhaben zur Blankoverordnung durch. Die Nachfrage, ob für einen Direktzugang ein akademischer Abschluss erforderlich sei, wies die IFK-Vorstandsvorsitzende klar zurück und zeigte auf, dass auch Physiotherapeuten mit einer Ausbildung in der Lage seien, eine Diagnose zu stellen.

Die Argumente überzeugten auch Jutta Eckenbach, in der Therapeuten offenbar eine weitere einflussreiche Unterstützerin gefunden haben: „Ich habe die Heilmittelbranche auch über das Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz hinaus im Blick. Für Therapeuten muss noch mehr getan werden, um die Patientenversorgung sicherstellen zu können“, zog die Bundestagsabgeordnete ein Fazit, das weiter Hoffnung macht.